

Irland

PATRICK KEATINGE

Neue Initiativen standen 1994 nicht auf dem Fahrplan der irischen Politik. Vielmehr verstrickte man sich in lähmenden politischen Detailfragen. In bezug auf Europa konnte die irische Regierung damit zufrieden sein, daß die Probleme der heimischen Wirtschaft, insbesondere die Arbeitslosigkeit, ganz oben auf der EU-Agenda standen und zwar in Form des Weißbuchs der Kommission zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.

Einstellung zur Erweiterung

Die bevorstehende Erweiterung der EU 1995 war unumstritten, denn mit ihr ergaben sich Aussichten, die Beziehungen zu anderen kleinen Staaten entwickeln zu können, ohne irische Interessen ernsthaft zu stören. Die Regierung begrüßte die Aufnahme neuer gewinnversprechender Märkte sowie stabiler und in ihrer Einstellung zu vielen Fragen der Außenpolitik gleichgesinnter Staaten. Mit Norwegen wurde ein letztendlich zufriedenstellendes Abkommen über die Fischereipolitik – der einzige Bereich, der aus irischer Sicht problematisch hätte werden können – erreicht. Allerdings deutete der nachfolgende Streit über die Revision der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Rat auf künftige Meinungsverschiedenheiten bei der Frage um institutionelle Reformen hin. In diesem Punkt wird Irland zusammen mit anderen kleinen Staaten gezwungen sein, die überproportionale Repräsentanz der kleineren Staaten in den europäischen Institutionen als deren vitales Interesse zu verteidigen. Der Ratifizierung durch das irische Parlament ging ein Bericht des Gemeinsamen Ausschusses für außenpolitische Angelegenheiten voraus, der den Abschluß der Verhandlungen begrüßte und empfahl, daß Irland eine Führungsrolle übernehmen soll, wenn es darum geht, festzustellen, welche Bereiche im gemeinsamen Interesse mit den Beitrittsländern liegen. Diese sollte besonders für die Bereiche Friedenserhaltung und die gemeinsame Sicherheit gelten, wenn es darum geht, Initiativen im Rahmen der GASP zu entwickeln¹.

Die parlamentarische Debatte über diesen Bericht offenbarte aber auch Besorgnis über kommende EU-Erweiterungen und über die daraus resultierenden Veränderungen, welche die Hauptvorteile von Irlands EU-Mitgliedschaft relativieren könnten. Eine vorangegangene Diskussion über die EU-Assoziierungsabkommen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten am 15. Juni 1994 ließ Unbehagen über negative Auswirkungen auf irische Agrar- und Handelsinteressen

erkennen. Daraufhin drängte der irische Bauernverband (Irish Farmers' Association) auf längere Übergangszeiten und die Aufstockung des EU-Haushalts, um den weniger entwickelten, neuen Mitgliedern entgegenzukommen.

Ironischerweise endete das Jahr mit einem Problem, das weder mit der gegenwärtigen noch mit einer zukünftigen Erweiterung verknüpft war, sondern sich vielmehr auf Portugal und Spanien bezog. Eine uneingeschränkte Fischereipolitik konnte Spanien nicht länger vorenthalten werden, mit der Folge, daß es Anfang 1996 Zugang zur sogenannten „Irish Box“² erhalten soll – einem speziell festgelegten Gebiet von Territorialgewässern, in welchem die spanische Flotte bisher kein Fangrecht besaß. In mehr als 30stündigen Verhandlungen einigten sich die Fischereiminister über die Bedingungen des Zugangs, und vor allem über Maßnahmen der Überwachung. Die irische Delegation behauptete, das Bestmögliche erreicht zu haben, wie z. B. die prinzipielle Verpflichtung der Kommission, einen bestimmten Beitrag zur Finanzierung des Fischereischutzes zu leisten.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Während die Erweiterung der EU scheinbar auf die Dynamik – oder zumindest dem Wunsch danach – ausgelegt war, deuteten die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im Juni 1994 auf die ständigen Schwierigkeiten hin, die Europäische Union durch eine breitere Öffentlichkeit zu legitimieren. Die vierten direkten Wahlen zum Parlament führten zu einem persönlichkeitsbezogenen Wahlkampf, bei dem die Themen größtenteils in den Hintergrund traten³. Die Wahl der Kandidaten gab davon einen Vorgeschmack, besonders wenn man das Überlaufen von Pat Cox, derzeit Parlamentarier für die Demokratische Fortschrittspartei, und seine Absicht betrachtet, als Unabhängiger in Munster zu kandidieren. Erst im Mai wurden die Themen in Form von Parteiprogrammen der Öffentlichkeit präsentiert. Dabei beteiligten sich die kleineren Parteien anfangs nur widerwillig am Wahlkampf.

Ein Kennzeichen früherer Wahlen trat bei diesem Anlaß wieder zutage: Weder über die irische Mitgliedschaft in der EU noch über wesentliche politische Inhalte wurde nachhaltig debattiert. Dabei war es keineswegs so, daß die Positionen der Parteien völlig übereinstimmten. So gingen z. B. bei der Frage der zukünftigen gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik die Meinungen weit auseinander. Umfragen deuteten auf der einen Seite auf starke Unterstützung für eine zukünftige Währungseinheit hin, zeigten aber auf der anderen Seite jedoch nur mäßige Begeisterung für den weiteren Ausbau der Rolle des EP. So oder so waren diese europäischen Themen nicht der Aufhänger für den Wahlkampf – auch wenn die irische Öffentlichkeit vergleichsweise gut über sie informiert war⁴. Eine Wahlanalyse für die Europäische Kommission zeigte, daß in Irland die Wahl in erster Linie von nationalen Themen und Persönlichkeiten bestimmt wurde⁵.

Die Ergebnisse spiegelten die Ziellosigkeit des Wahlkampfes wider. Die Wahlbeteiligung von 44,2% war die bisher niedrigste, obwohl dies nicht überraschte, denn es fanden nicht gleichzeitig kommunale oder nationale Wahlen statt. Die große Gewinnerin war die Grüne Partei mit erstmalig zwei Parlamentssitzen und dem Erfolg, bei der Wahl in Dublin zu führen. Die Demokratische Fortschrittspartei hingegen verlor ihren Sitz, und Pat Cox kehrte – zwar als Unabhängiger, aber noch mit der liberalen Gruppierung verbunden – ins Parlament zurück. Die Labour Party behielt einen Sitz, während Fine Gael vier und Fianna Fail sieben Sitze gewannen und damit vier der sechs Dail Parteien im neuen Parlament stellen. Darüber hinaus sind die 15 irischen Mitglieder des EP nun auch besser in den EP-Ausschüssen vertreten, als dies bisher der Fall war, vor allem durch ein Mitglied im Ausschuß für Außen- und Sicherheitspolitik und zwei Mitglieder im Ausschuß für institutionelle Angelegenheiten – zwei parlamentarische Arbeitsgebiete, für die die irischen Abgeordneten bislang kaum Interesse zeigten⁶.

Institutionelle Fragen

Die jüngste Entwicklung deutet auf ein neues und gerade rechtzeitig entstehendes Bewußtsein für das an Bedeutung gewinnende politische Profil des EP hin. Gleichzeitig geraten strittige Fragen über eine weitere Integration ins Blickfeld. Bei unterschiedlichen Ansichten – hauptsächlich zwischen den deutschen Bestrebungen nach maximaler Integration und der „Euroskepsis“, die im Vereinigten Königreich und zunehmend auch in Frankreich herrscht – war die mögliche Unterteilung der EU-Mitgliedstaaten in einen harten Kern von stark integrationsbereiten Staaten und eine Gruppe weniger integrationsbereiter Staaten ein zentrales Thema. Das irische Parlament antwortete auf diese Debatte, indem es Vorbehalte gegen diese Pläne äußerte. Außerdem verteidigte es die These, daß wenn auch nicht alle Mitglieder mit der gleichen Geschwindigkeit die Integration betreiben könnten, sollten sie sich dennoch dem gleichen Hauptziel verpflichten. Im Falle einer Unterscheidung zwischen den mehr und den weniger integrationsbereiten Mitgliedstaaten wäre Irland der erstgenannten Gruppe zuzuordnen⁷.

Ganz offensichtlich konnte sich die Regierung eine weitere Integration vorstellen. Dies bedeutete jedoch nicht, daß sie unbedingt in der Lage ist, sich an einer ehrgeizigeren Politik zu beteiligen. Diese Frage kam auch im Herbst, vor allem im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion auf. Für den Wirtschafts- und Finanzrat (Ecofin) hatten bei seiner ersten routinemäßigen Beurteilung, inwieweit die Mitgliedstaaten den im Maastrichter Vertrag festgelegten „Konvergenzkriterien“ gerecht werden, nur zwei Länder gut abgeschnitten: Luxemburg und Irland. Dieses Urteil rief auf deutscher Seite Kritik hervor. Bundesbankpräsident Tietmeyer kritisierte öffentlich die mit der Schuldentrückzahlung zusammenhängenden irischen Zahlen. Seine Bemerkungen richteten sich wohl weniger gegen Irland als gegen die Konvergenzkriterien an sich und die

Rolle der Kommission bei deren Interpretation. Dennoch erinnerten sie daran, daß Irland im allgemeinen nicht als automatischer Kandidat für einen künftigen harten Kern in der Europäischen Union gesehen wird⁸.

Ein institutionelles Problem war 1994 die Neubesetzung der Europäischen Kommission und die Nominierung ihres neuen Präsidenten. Es gab viele Spekulationen – was im Falle der „Irish Times“ auf beharrliche Fürsprache hinauslief – über die Aussichten des früheren Kommissars Peter Sutherland, der am Ende seiner Amtszeit als erfolgreicher GATT-Generalsekretär stand. Peter Sutherland schätzte seine eigenen Aussichten auf Erfolg jedoch gering ein, da sich die Verbindungen seiner Fine Gael Partei nicht mit denen der Regierungsparteien messen lassen könnten. Die Regierungsparteien waren bereits übereingekommen, daß der derzeitige Kommissar Pdraig Flynn in Brüssel bleiben sollte. Außerdem lehnten sie es ab, sich für einen irischen Präsidenten stark zu machen. Flynn wurde wie geplant erneut nominiert, und als Ende Oktober die Aufgaben für die neue Kommission verteilt wurden, behielt er den Bereich für soziale Angelegenheiten.

Internationale Sicherheit: die Grenzen des Krisenmanagements

Die Verpflichtungen Irlands für die internationale Sicherheit wurden von den drängenden Erfordernissen des Krisenmanagements in Europa und Afrika beeinflußt. Irland war der letzte EU-Mitgliedstaat, der mit seiner kleinen Truppeneinheit im September aus der glücklosen UN-Mission in Somalia abzog. Zuvor hatte die Krise in Ruanda eine breite öffentliche Debatte in Irland ausgelöst, so daß am 11. Mai 1994 der Ausschuß für außenpolitische Angelegenheiten eine Resolution verabschiedete, die darauf drängte, die Krise in einer „gemeinschaftlichen Aktion“ durch die Europäische Union anzugehen. Trotzdem fand der Vorschlag Frankreichs über einen von der WEU organisierten befristeten Einsatz wenig Zustimmung. Die als „vorsichtig“ bezeichnete Haltung Irlands könnte eventuell auch mit der von seiten der NGO's geführten Diskussion bezüglich der französischen Präsenz in Ruanda zusammenhängen. Darin wurde die Frage aufgeworfen, ob die Franzosen angesichts ihrer engen Verbindung zu einer der Konfliktparteien in den Krieg hätten eingreifen dürfen. Irlands Beitrag zur humanitären Hilfe war dennoch beträchtlich; Anfang August waren in Ruanda von 900 irischen Helfern 50 Mitglieder der Verteidigungskräfte und 35 Beamte. Präsidentin Mary Robinson besuchte während ihrer ausgedehnten Rundreise durch die afrikanischen Staaten am 13. Oktober als erstes ausländisches Staatsoberhaupt Ruanda.

Im Rahmen des europäischen Krisenmanagements billigte die irische Regierung eine härtere Politik in Bosnien, welche die Anwendung „aller notwendigen Mittel“ einschloß. Die Zustimmung zur begrenzten Gewaltanwendung wurde jedoch nur widerwillig gegeben. Hingegen erkannte die irische Politik die Notwen-

digkeit einer stärkeren Beteiligung Rußlands in Jugoslawien. Tatsächlich stattete daraufhin Spring den ersten offiziellen Besuch eines Ministers in Rußland ab.

Irlands Politik, multilaterale Sicherheit in seine Grundlagen zu integrieren und in seinen Verfahren zu strukturieren, verfolgte kein einheitliches Konzept. Obwohl die beiden neutralen Länder Finnland und Schweden der NATO-Partnerschaft-für-den-Frieden im Mai beitraten, um in erster Linie bei den Vorbereitungen für die Friedenserhaltung zusammenzuarbeiten, bekundete die irische Regierung sichtlich wenig Interesse an dieser Entwicklung. Während des Wahlkampfes für die Wahlen zum EP unterstützten zwei Oppositionsparteien eine revisionistische Linie. Fine Gael und die Demokratische Fortschrittspartei sprachen sich dafür aus, über den Beobachterstatus in der WEU hinauszugehen und für eine Vollmitgliedschaft die „militärische Neutralität“ zu beenden. Weniger umstritten war die Forderung seitens der Demokratischen Fortschrittspartei nach einer Teilnahme Irlands an dem Programm „Partnerschaft für den Frieden“ und der Schaffung einer europäischen Politik für maritime Sicherheit nach dem Vorbild der US-Küstenwache. Die Demokratische Linke stand der „traditionellen Neutralität“ kritisch gegenüber, warnte jedoch gleichzeitig vor der Schaffung eines militärischen Super-Staates Europa. Dagegen verteidigten die anderen Oppositionsparteien vorbehaltlos die Vorteile der Neutralität. In ihren Programmen regten die zwei Regierungsparteien an, sich der „positiven Neutralität“ langsam anzunähern.

Wandel im eigenen Land – die EU-Dimension

Auf eine unerwartete Krise im November 1994 folgte ein Regierungswechsel, bei dem eine Koalition aus Fine Gael, Labour Party und der Demokratischen Linken unter der Führung von John Bruton von Fine Gael gebildet wurde. Gay Mitchell von Fine Gael wurde mit dem Bereich Europapolitik betraut und soll vor allem dem 1996 stattfindenden Regierungsgipfel vorbereiten. Das neue politische Programm hielt sich in seinen europapolitischen Grundzügen eng an das vorangegangene. Auch die Rolle der parlamentarischen Ausschüsse erhielt in der Agenda der neuen Regierung besondere Beachtung. Es wurden ein eigener Ausschuß für europäische Angelegenheiten und zusätzliche Mittel in Aussicht gestellt. Die Verteilung der Aufgabenbereiche zwischen dem neuen Ausschuß und dem bereits bestehenden Ausschuß für außenpolitische Angelegenheiten muß allerdings noch geklärt werden.

Der Außenminister verkündete Anfang 1995, er wolle ein Weißbuch zur Außenpolitik veröffentlichen. Nicht nur, daß es ein derartig umfassendes politisches Dokument in Irland bisher noch nicht gegeben hat; Spring machte außerdem deutlich, daß eine öffentliche Diskussion sich positiv auf den Entwurf des Weißbuches auswirken könne. Vielleicht lag es an der Debatte über die „Transparenz“ in der EU, daß der zweitkleinste Mitgliedstaat sich zum Ziel gesetzt hat, die Transparenz auf innerstaatlicher Ebene zu vergrößern.

Die diesjährige Bilanz für Irland fällt positiv aus. Der Friedensprozeß, der in Irland nach der Waffenruhe im Herbst in Gang kam, hatte von außen bedeutende Unterstützung durch die Europäische Union erfahren. Vor einem inoffiziellen Treffen der Außenminister unterrichtete Spring seinen deutschen Amtskollegen, der zu diesem Zeitpunkt Ratspräsident war, über die Waffenruhe. Das EP debattierte darüber am 27. September und stimmte dem Friedensprozeß bei sechs Enthaltungen mit 380 Ja- und sechs Nein-Stimmen zu. Bei einem Treffen der Außenminister am 4. Oktober sprachen sich Spring und der britische Außenminister Hurd für eine besondere Unterstützung durch die EU aus. Durch den persönlichen Einsatz des scheidenden Kommissionspräsidenten Delors konnte man sich auf ein auf drei Jahre begrenztes 240-Mio.-Pfund Hilfspaket einigen, das beim Treffen des Europäischen Rates in Essen am 9. Dezember 1994 seinen letzten Schliff erhielt.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Elisabeth Bambach, freie Übersetzerin, Hoppstädten-Weiersbach.

- 1 S. Joint Committee on Foreign Affairs Report on the Enlargement of the European Union, PN 1081 v. 28. 9. 1994, S. 66.
- 2 S. Beitrag über Agrar- und Fischereipolitik, in diesem Band.
- 3 S. The Irish Times v. 3. 6. 1994.
- 4 S. Sinnott, Richard: Knowledge of the European Union in Irish Public Opinion: Sources

and Implications, Occasional Paper 5, Institute for European Affairs, Dublin 1995.

- 5 S. The Irish Times v. 8. 6. 1994.
- 6 Kommentar zur eingeschränkten Beteiligung Irlands in Fragen der europäischen Integration, s. Scott, Dermot: Ireland's Contribution to the European Union, Occasional Paper 4, Institute for European Affairs, Dublin 1994.
- 7 S. Bericht über die Rede von Staatsminister Tom Kitt in: The Irish Times v. 23. 9. 1994.
- 8 S. Presseberichte v. 21.-24. 10. 1994.

Weiterführende Literatur

Joint Committee on Foreign Affairs: Report on the Enlargement of the European Union, Nr. 1081 v. 28. 9. 1994.

Keatinge, Peter: Towards a Safer Europe: Small State Security Policies and the European Union – The Implications for Ireland, Institute for European Affairs, Dublin 1995.

Scott, Dermot: Ireland's Contribution to the European Union, Occasional Paper 4, Institute of European Affairs, Dublin 1994.

Sinnott, Richard: Knowledge of the European Union in Irish Public Opinion: Sources and Implications, Occasional Paper 5, Institute for European Affairs, Dublin 1995.